

**Festvortrag des Ministerpräsidenten des Saarlandes,
Herrn Peter Müller**

**am 21. Mai 2006
anlässlich des KED-Bundeskongresses in Trier**

Ich bin gerne zur Katholischen Elternschaft gekommen, vier Tage vor Eröffnung des Katholikentages, der in diesem Jahr in Saarbrücken stattfinden wird. Er wird das Thema „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“ haben und erstmals ein Katholikentag sein, der grenzüberschreitend und europäisch angelegt ist. Das ist spannend, weil auch mir gar nicht so bewusst war, aber im Vorfeld der Diskussion des Katholikentages bewusst geworden ist, wie unterschiedlich die Rolle der Kirche doch selbst in europäischen Nachbarländern definiert wird. Wie unterschiedlich beispielsweise die Rolle der Kirche in Deutschland und die Rolle der Kirche in Frankreich verstanden wird. Nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt steht uns ein sehr interessanter Katholikentag bevor. Das Thema „Gerechtigkeit“ hat natürlich sehr unterschiedliche Facetten. Eine Facette ist die Frage der Teilhabegerechtigkeit. Dies ist eine Frage, die sich in besonderer Weise mit Blick auf das Bildungssystem stellt. Haben wir Strukturen in unserem Bildungssystem, die Teilhabegerechtigkeit gewährleisten, die Chancengerechtigkeit herstellen? Ich sage bewusst „Chancengerechtigkeit“, weil ich glaube, dass das der richtigere Begriff ist. Ich kann auch noch mit dem Terminus „Chancengleichheit“ leben. Ob **Gleichheit** aber der richtige Begriff bei der bildungspolitischen Debatte ist, da mache ich ein Fragezeichen. Deshalb erlauben Sie mir, bevor ich zum Thema „Ganztagsschule“ komme, eine Bemerkung vorweg: Wenn wir über Bildungssysteme und die Ausgestaltung von Bildungssystemen reden und wenn wir darüber reden, dass das Ziel eines Bildungssystems ist, junge Menschen zu fördern, ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Anlagen zu entwickeln, dann ist schon eine zentrale Frage, welche Vorstellung vom Menschen wir diesen Forderungen zu Grunde legen. Wenn man die Vorstellung hat, dass im Grunde alle Menschen gleich sind, dann ist Aufgabe von Bildungssystemen, bestehende Unterschiede, die im Zweifel Konsequenz gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten sind, zu beseitigen. Dann brauchen sie integrierte, gleichmachende Bildungssysteme. Wenn sie die Vorstellung haben, dass alle Menschen verschieden sind, dass jeder Mensch Träger der gleichen Würde ist, dass ansonsten aber jeder seine eigenen Fähigkeiten, seine eigenen Talente, aber auch seine eigenen Schwächen hat, dann brauchen sie stärker differenzierte Bildungssysteme. Dann brauchen sie eher vielfältige Angebote, dann können sie nicht alles über einen Leisten scheren.

Meine Vorstellung ist die letzte, und das ist dann auch Grundlage meiner bildungspolitischen Vorstellungen, Ideen und Gedanken zur Ganztagsschule, zu denen ich gleich etwas sagen will. Ich sage bewusst „Vorstellungen“. Denn welches Menschen-

bild das richtige ist, ist letztlich nicht beweisbar. Am Ende muss jeder selbst entscheiden, welches Menschenbild er seinen bildungspolitischen Vorstellungen zugrunde legt. Je nachdem, wie sie sich entscheiden, ziehen sie andere Konsequenzen. Ich glaube, dass das von mir beschriebene Menschenbild im übrigen das christliche Menschenbild ist, und deshalb auch die Grundlage unserer Diskussion sein sollte.

Wenn es richtig ist, dass Bildung das Megathema der Zukunft ist und wenn es keine Rede mehr gibt, in der nicht gesagt wird, dass der einzige Rohstoff, den wir in der Bundesrepublik Deutschland in ausreichendem Maße zur Verfügung haben, der Rohstoff „Geist“ ist dann hat Schule natürlich die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass die Fähigkeiten, die in jedem Menschen angelegt sind, optimal entwickelt und gefördert werden. Das kann sie auf unterschiedliche Weise tun, und deshalb habe ich mich über mein Thema etwas gewundert. Das Thema heißt ja „Ganze Tage in der Schule – **Die** Aufgabe der Politik“. Gewundert habe ich mich über das „Die“. Denn das hat einen Anspruch auf Ausschließlichkeit. Ist es wirklich **die** Aufgabe der Politik, ganze Tage in der Schule d. h. also Ganztags schulangebote zu organisieren? Meine Antwort ist: „Nein!“. Aufgabe der Politik, die mit Ausschließlichkeit zu verfolgen ist, ist die Schaffung von Ganztagschulen in mehrfacher Hinsicht nicht.

Erstens glaube ich, dass wir aufpassen müssen, dass wir schulpolitische Diskussionen nicht führen mit einer Konsequenz, die ich für fatal hielte, nämlich mit der Konsequenz der Entpflichtung der Erziehungsverantwortung der Familien. Wir haben eine Tendenz in dieser Richtung vor dem Hintergrund, dass es eine gesellschaftliche Entwicklung gibt, die uns besorgt machen muss. Diese Entwicklung ist dadurch geprägt, dass erzieherische Verantwortung in Familien nicht immer wahrgenommen wird. Vor dem Hintergrund des Umstandes, dass Kinder in die Schule kommen, die ganz grundsätzliche Sozialtechniken offensichtlich in der Familie nicht mehr vermittelt erhalten, führen wir häufig eine Debatte nach dem Motto „Wir müssen dafür sorgen, dass die Schule alles das erledigt, was Familien heute nicht mehr machen.“ Das ist eine Kapitulationserklärung. Das Grundgesetz sagt, dass die Erziehung das natürliche Recht der Eltern ist. Das ist richtig, Recht ist aber auch Pflicht. Ich plädiere sehr dafür, die erzieherische Verantwortung der Eltern einzufordern und auch dort, wo es jetzt nicht funktioniert, nicht einfach zu kapitulieren, sondern Eltern aus ihrer Verantwortung nicht zu entlassen. Wir können an Schule organisieren, was wir wollen, wir können Ganztages- und Ganznachtsschulen machen, wenn die Familien ihrer erzieherischen Verantwortung nicht nachkommen, werden alle diese Modelle scheitern.

Das zweite, was aus meiner Sicht berücksichtigt werden muss, wenn wir über Ganztagschulen reden, das ist der Umstand, dass die richtige Wertentscheidung des Grundgesetzes, dass die Erziehung das natürliche Recht der Eltern ist, auch bei der Organisation von Bildungssystemen berücksichtigt werden muss. Es werden sehr

unterschiedliche Lebensentwürfe in dieser Gesellschaft gelebt - freiwillig, teilweise auch unfreiwillig. Da ist die Situation der Alleinerziehenden - nicht immer freiwillig, oft unfreiwillig – mit ganz besonderen Herausforderungen mit Blick auf die Erziehung der Kinder. Wir haben die Situation der Doppelverdiener-Familie – häufig freiwillig – die jede Anerkennung, jede Unterstützung verdient. Wir haben aber auch das Lebensmodell, das der Oberbürgermeister von Trier mit seiner Frau und der Ministerpräsident des Saarlandes mit seiner Frau lebt. Also ein Modell – manche sagen, es sei antiquiert, ich weiß es nicht – bei dem der eine sich um das Erwerbseinkommen kümmert und der andere, in unserem Fall die andere, - das ist der Regelfall – sich vor allem um die Erziehung der Kinder kümmert. Vielleicht ein privilegiertes Modell, aber mit Sicherheit ein Modell, das ebenfalls allen Respekt verdient. Deshalb glaube ich, dass Schulorganisation so beschaffen sein muss, dass auch für die Verwirklichung dieses Lebensmodells Raum ist. Es gibt überhaupt gar keinen Grund, Strukturen zu schaffen, die dieses Lebensmodell diskreditieren. Ich habe jedenfalls kein Verständnis dafür, dass es in dieser Gesellschaft zur Mode geworden ist, dass eine Frau, wenn sie auf die Frage, was sie beruflich tut, antwortet, sie sei Hausfrau, einigermaßen komisch angeschaut wird. Wenn das so ist, wenn auch für dieses Lebensmodell Raum sein muss, dann ist eine Konsequenz für mich - daran orientiert sich auch die Bildungspolitik in meinem Land - dass wir sagen, natürlich brauchen wir ganztägige Angebote in der Schule, aber bedarfsgerecht. Für die Schuljahre 2004 /2005 hatte das Saarland in 39% aller Schulen Betreuungsangebote bis 16.00 Uhr. Das ist in der alten Bundesrepublik Deutschland der Spitzenwert. In den neuen Ländern haben wir eine andere Tradition. Dort sind die Quoten noch höher, aber in der alten Bundesrepublik Deutschland hält das Saarland, was ganztägige Angebote anbetrifft, die Spitzenposition. Also, da gibt es überhaupt keine Vorbehalte. Aber, eine Maxime für uns war immer, Grundlage für die Schaffung ganztägiger Angebote muss die Freiwilligkeit sein. Verpflichtende Ganztagschule für alle ist mit der saarländischen Landesregierung nicht zu machen. Wenn es in der Familie eine Entscheidung gibt die sagt, ich möchte meinem Kind morgens in der Schule den Raum geben, den es braucht, um dasjenige zu lernen, was zu lernen ist, aber am Nachmittag mache ich die Betreuung selber, kümmere ich mich selber, helfe ich selber bei den Hausaufgaben, dann muss auch das in dieser Gesellschaft möglich sein. Deshalb: Verpflichtende Ganztagschule als einzige Schulform für alle, das wird unter meiner Verantwortung niemals Teil der saarländischen Bildungspolitik sein.

Drittens: Ich stimme denen zu, die sagen, wir sollten in der Bundesrepublik etwas zurückhaltender sein bei Schulstruktur-Debatten. Wir reden unendlich viel über Schulstrukturen und viel zu wenig über Schulinhalte. Bildungspolitische Probleme werden bei uns typischerweise mit Schulstruktur-Debatten beantwortet. Wir haben in der jüngsten Vergangenheit ein Beispiel erlebt. Sie erinnern sich an den Fall der Rütli-Schule. Was war die Antwort auf den Hilferuf der Lehrer der Rütli-Schule? Die Antwort war die Diskussion um die Abschaffung einer Schulform, nämlich um die Ab-

schaffung der Hauptschule. Als ob das Problem, das diese Lehrer hatten, dann gelöst wäre, wenn die Kinder, die in dieser Schule sind, mit Kindern einer Realschule zusammengelegt werden. Bildungspolitische Herausforderungen werden wir nicht in erster Linie durch Schulstruktur-Diskussionen bewältigen können, das ist meine feste Überzeugung. Deshalb bin ich auch skeptisch, wenn die Ganztagschule sozusagen als **das** Allheilmittel angeboten wird für die bildungspolitischen Herausforderungen vor denen wir stehen. Da ist beispielsweise das Argument, Ganztagschule wird ein Beitrag dazu sein, dass sich die Geburtenrate in der Bundesrepublik Deutschland wieder positiv entwickelt. Schaut nach Frankreich: Ganztagschulen, Ganztagschulen-Modelle, höhere Geburtenquote. Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Gleichung falsch ist. Die Geburtenquote ist in der Bundesrepublik Deutschland in denjenigen Ländern am niedrigsten, in denen es die am besten ausgebauten Betreuungsangebote gibt. Wir wissen mittlerweile aus einer Reihe demoskopischer Untersuchungen, dass die Betreuungssituation nicht der Hauptgrund ist, warum junge Frauen seltener Kinder bekommen. In einer breit angelegten Untersuchung des Allensbach-Instituts in Baden-Württemberg ist nachzulesen, dass der am allerhäufigsten genannte Grund, warum man die Entscheidung für ein Kind nicht trifft, die Angst ist, dass man nicht in genügend stabilen sozialen Beziehungen lebt, um dem Kind wirklich eine angemessene Erziehung, eine angemessene Zukunft bieten zu können. Die Frage, ob ich mich für ein Kind entscheide oder nicht, wird am Ende nicht davon abhängen, wie viele Hortplätze da sind, wie viele Krippenplätze da sind. Das muss alles bedarfsgerecht geschaffen werden. Da besteht Nachholbedarf. Aber: Am Ende werden junge Leute sich für Kinder entscheiden, wenn sie glauben, dass das Kind, eine gute Zukunft vor sich hat. Die Entscheidung für Kinder ist vor allem abhängig vom Vertrauen in die Zukunft und in die Stabilität dieser Gesellschaft. Das ist der entscheidende Punkt, über den wir reden müssen.

Ein weiteres Argument lautet: Mit Ganztagschulen werden wir vor allem die besonders betreuungsbedürftigen Kinder, etwa Kinder mit Migration-Hintergrund, besser fördern können. Das glaube ich, ist richtig. Ich glaube, dass die Ganztagschule gerade in sozial besonders schwierigen Bereichen eine gute und eine richtige Antwort sein kann. Genauso wie ich sage, wir dürfen die Eltern nicht entpflichten, wir müssen elterliche Verantwortung einfordern, sage ich auch: „Trotzdem dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass es Bereiche gibt, in denen elterliche Verantwortung nicht wahrgenommen wird.“ Mir hat vor kurzem ein Lehrer, ein Freund, dessen Schule jetzt einen Antrag gestellt hat, in eine Ganztagschule umgewandelt zu werden, gesagt: Wir haben ein paar Kinder, für die ist jede Stunde, die sie zusätzlich in der Schule verbringen können und nicht zu Hause sein müssen, ein Gewinn.“ Das ist eigentlich ein schlimmer Satz! Aber es ist offensichtlich ein Stück Realität, vor der man die Augen nicht verschließen kann. Deshalb glaube ich, dass gerade in diesem Bereich ganztägige Angebote eine besondere Berechtigung haben. Deshalb glaube ich auch, dass das Ziel der Organisation von Ganztagsangeboten in der Schule sein

sollte, flächendeckende Angebote bereitzuhalten, aber auf freiwilliger Basis. Jeder, der möchte, sollte die Möglichkeit haben, ein Ganztags-Schulangebot zu nutzen und jeder, der ein anderes Modell vorzieht und glaubt, damit dem Wohl seines Kindes stärker entsprechen zu können, sollte eine alternative Möglichkeit haben: flächendeckend, aber freiwillig.

Darauf aufbauend stellt sich natürlich die Frage, wie diese Schule auszugestalten ist. Auch da haben wir sehr unterschiedliche Modelle. Die Idealvorstellung ist natürlich, dass diese Ganztagschulen dann überall dort, wo sie existieren, mit Lehrern voll personalisiert werden. Das ist nicht die Situation, die wir heute haben. Wenn wir uns die Situationen der öffentlichen Kassen anschauen, gebietet die intellektuelle Redlichkeit zu sagen, das wird uns auch kurzfristig nicht gelingen. Die volle Personalisierung mit Pädagogen ist wünschbar, sie ist aber unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht finanzierbar. Wir sind in einer bitteren Situation. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten, es waren gute Jahre, wirtschaftlich starke Jahre, über unsere Verhältnisse gelebt. Der Gesamtschuldenstand der Öffentlichen Hand beläuft sich zur Zeit auf 1,5 Billionen Euro. Das heißt, wenn wir heute vereinbaren würden, dass wir ab sofort keine neuen Schulden mehr machen, was eine Illusion ist, wenn wir darüber hinaus vereinbaren würden, dass wir jedes Jahr 10 Milliarden Euro an Schulden zurückzahlen würden, was eine große Illusion ist, und wenn wir das Glück hätten, dass die Zinsen so niedrig bleiben wie sie jetzt sind, bräuchten wir 182 Jahre, um die Schulden, die wir heute haben, zurückzuzahlen. Das ist die Last, die wir heute schon auf die Schultern unserer Kinder und unserer Enkel gelegt haben. Dies begrenzt die Handlungsspielräume politischen Handelns.

Jetzt sind wir in einer Situation, in der wir unter Bedingungen schwachen wirtschaftlichen Wachstums, unter den Bedingungen einer dramatischen demographischen Veränderung dieser Gesellschaft, den Marsch in den Schuldenstaat stoppen müssen. Deshalb wird vieles, was wünschbar ist, nicht finanzierbar sein. Wir werden über neue Prioritäten sprechen müssen. Sind die Prioritäten beispielweise im Bundeshaushalt richtig gesetzt, wenn wir auf der einen Seite jedes Jahr 80 Milliarden Euro aus der Steuerkasse in die Rentenversicherung überweisen, auf der anderen Seite aber im Bundeshaushalt für Schule, Wissenschaft, Hochschule und Bildung gerade mal ein Zehntel dieses Betrages, nämlich 8 Milliarden Euro, zur Verfügung stehen. Wenn die Prioritäten also nicht richtig gesetzt sind, stellt sich die Frage: Wie steuern wir um? Das wird eine schwierige Debatte, die da auf uns zukommt. Das wird eine Debatte, an deren Anfang die Erkenntnis stehen wird, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit viel zu sehr auf den Staat gesetzt haben, viel zu sehr geglaubt haben, dass der Staat in der Lage ist, auftretende gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen alleine zu lösen. Das ist er nicht und er ist es immer weniger, je stärker er verschuldet ist. Deshalb sind wir in einer schwierigen Lage.

Und deshalb gehört es zur Wahrheit, dass wir Ganztagschulen eben nicht nur mit Lehrern hauptamtlich personalisieren können. Wenn man eine Ganztagschule mit Lehrern voll personalisieren will, ist es notwendig, ungefähr ein Drittel an zusätzlichen Lehrerkapazitäten der Schule zur Verfügung zu stellen; das wird flächendeckend nicht möglich sein. Deshalb brauchen wir Angebote, bei denen Integration in die Ganztagschule stattfindet, Integration der Vereine, der Verbände und der Organisationen der Jugendhilfe. Schulsozialarbeit - ein ganz wichtiges Thema an allen Schulen, aber in Sonderheit an den Ganztagschulen. Sie müssen, das ist meine feste Überzeugung, diese Schulen auch öffnen für ehrenamtliches Engagement, für Vereine, die mit ihren Angeboten in die Schule gehen. Das ergibt eine Win-Win-Situation, das hilft den Vereinen, weil sie Nachwuchs gewinnen können und es hilft der Schule, weil zusätzliche interessante Angebote gemacht werden können.

Schließlich werden wir an Ganztagschulen Lehrer brauchen, die mit dieser Ganztagsherausforderung in besonders qualifizierter Weise umgehen können. Deshalb greife ich Ihr Stichwort „Lehrerbildung“ gerne auf. Ich glaube, dass wir in Deutschland noch einmal grundsätzlich darüber nachdenken sollten, ob wir bei der Lehrerbildung insbesondere, soweit es um den Bereich der weiterführenden Schulen, der Sekundarstufen geht, wirklich die richtigen Prioritäten setzen? Ein Prinzip, bei dem die wissenschaftliche Fachkenntnis höher gewichtet wird als die pädagogische Kompetenz. Das scheint mir zu hinterfragen zu sein. Hier manifestiert sich eine durchgängige bildungspolitische Entwicklung der letzten Jahre. Diese Entwicklung ist dadurch geprägt, dass an unseren Schulen ein unglaublich hohes Maß an Fachwissen vermittelt wird. Was die Kinder in den Leistungskursen der gymnasialen Oberstufe an Fachwissen vermittelt erhalten, hat früher gereicht, um an der Universität in dem betreffenden Fach das Vordiplom zu bestehen.

Ist das sinnvoll? Oder ist es nicht sinnvoller, weniger Spezialwissen, dafür etwas mehr Allgemeinbildung auf der Basis pädagogischer Konzepte und pädagogisch stärker geschulter Lehrkräfte zu vermitteln. Dies ist jedenfalls meine Überzeugung. Ich weiß, das ist altmodisch, furchtbar altmodisch. Aber nicht alles, was altmodisch ist, muss falsch sein. Eine vernünftige Allgemeinbildung und die Fähigkeit, eigenständig zu lernen, scheint mir Priorität zu verdienen gegenüber dem Prinzip, möglichst viele Fakten in die Köpfe der Schülerinnen und Schüler zu bringen.

Und auch das will ich offen sagen: „In einem Ganztagschulsystem, das eine viel höhere Betreuungsintensität hat, werden nicht nur gut qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer gebraucht, sondern natürlich auch, auch das greife ich gerne auf, das Mithilfe der Eltern. Schule, so haben Sie formuliert, ist dort besonders erfolgreich, wo alle an einem Strang ziehen. Ich glaube, dass das stimmt, ich unterstreiche dies. Ich glaube auch da, dass die Realität eine andere ist. Wenn Sie mir ein plattes, zugegebenermaßen die Situation verkürzend, darstellendes Beispiel gestatten: Als ich in die

Schule ging, ist es mir und meinen Klassenkameraden bisweilen passiert, dass wir uns nicht immer schulordnungsgemäß verhalten haben. Das hat bisweilen dann auch dazu geführt, dass die Eltern unterrichtet wurden. Wenn man dann nach Hause kam, hat man sich auf das Eintreffen zu Hause nicht sonderlich gefreut. Denn typischerweise folgte der Sanktion, die man in der Schule hat erdulden müssen, auch noch eine weitere Sanktion von elterlicher Seite. Das habe ich als ungerecht empfunden. Geschadet hat es mir nicht.

Heute ist nach meiner Wahrnehmung die Situation häufig anders. Heute wird die Verantwortung für Dinge, die in der Schule falsch laufen, von manchen Eltern regelmäßig nicht bei ihren Kindern, sondern bei den Lehrerinnen und Lehrern gesehen. Außerhalb des Protokolls bekenne ich, wenn Elternabend ist, geht mittlerweile meine Frau dorthin. Warum? Die Diskussionen, die ich an Elternabenden erlebt habe, haben sich fast ausschließlich mit der Frage beschäftigt: Wo versagt der Lehrer? Dies war für mich schwer zu ertragen. Lehrer haben auch ein Stück Unterstützung verdient und nicht nur Kritik und ich glaube, daran sollte man erinnern.

Ein Weiteres möchte ich noch ansprechen, ausgehend von der These, wie auch immer die Schulstruktur ist, am Ende kommt es darauf an, was **in** der Schule passiert. Ich glaube schon, dass wir noch einmal eine gelassene, aber klare Diskussion um die Frage brauchen: Welche Werte, welche Tugenden werden in der Schule wie vermittelt? Wir werden noch einmal eine Diskussion um die Frage brauchen, wie soll jemand geprägt sein, wenn er die Schule verlässt? Welche Vorstellungen beispielsweise mit Blick auf sein staatsbürgerliches Bewusstsein haben wir? Auch da kann ich mir nicht verkneifen, ein Beispiel zu nennen, das mir dokumentiert hat, dass es wirklich Diskussionsbedarf gibt. Vor dem Hintergrund der Erfahrung, dass bei einem Spiel der deutschen Fußballnationalmannschaft eine anerkannte deutsche Pop-Größe die Nationalhymne am Anfang singen sollte und das einigermaßen schief gegangen ist, weil sie offensichtlich nicht ganz textsicher war, hat der saarländische Kultusminister verfügt, dass künftig in den Grundschulen des Saarlandes die Nationalhymne besprochen wird. Daraufhin gab es erbitterte Debatten in meinem Land mit Fragen auch von Lehrerorganisationen, die unter der Überschrift stattfanden „Wer die Nationalhymne in die Schule trägt, leistet dem Rechtsradikalismus Vorschub“. Mir hat das eigentlich nur deutlich gemacht, dass wir uns noch einmal ein wenig über die Grundlagen dessen, was Schule zu vermitteln hat, zu unterhalten haben. Ich glaube, dass, wenn Schule für das Leben ertüchtigen soll, wir nicht daran vorbeikommen, uns in der Schule auch zu ein paar Dingen zu bekennen, die halt nicht kommod sind. Das, was frühere saarländische Ministerpräsidenten einmal als Sekundärtugenden bezeichnet haben, ist etwas, was junge Menschen im Leben brauchen: Pünktlichkeit, Ordnungsliebe, Fleiß - klingt auch alles furchtbar altmodisch, ich weiß es ja – brauchen wir in dieser Gesellschaft. Wir werden ohne diese Tugenden nicht auskommen, und deshalb muss Schule diese Tugenden vermitteln. In einer globalisierten Welt

wird der Wettbewerb härter. Diesen Wettbewerb müssen wir bestehen, das ist nicht kommod. Das geht nur auf der Basis von Leistung. Wir brauchen ein klar leistungsorientiertes Schulsystem. Ich sage ergänzend dazu: Auch wenn es eine belastende Debatte ist, wir brauchen in der Schule nicht nur ein Bekenntnis zur Leistung, wir brauchen auch ein Bekenntnis zu einem Begriff, der unter dem Diktat der 68er Generation in dieser Gesellschaft über viele Jahre diskreditiert und heftig angegriffen worden ist. Das ist der Begriff der Elite. Wir brauchen Bildungssysteme, die Eliten die Möglichkeit eröffnen, sich zu entwickeln. Wir brauchen ein Bildungssystem, in dem keiner vergessen wird, **keiner!** Jeder Schwache hat einen Anspruch darauf, dass er optimal unterstützt und gefördert wird. Wenn einer einen höheren Betreuungsbedarf hat, kann ich mir vorstellen – ich habe das ja gesagt -, dass gerade da ganztägige Angebote eine besondere Relevanz haben. Aber genauso wie jeder Schwache einen Anspruch darauf hat, gefördert zu werden, hat ihn der Starke auch. Der muss auch die Möglichkeit haben, seine Fähigkeiten, seine Talente zu entwickeln: in Mathematik, beim Malen, in den Sprachen oder – das haben wir heute morgen ja erlebt – in der Musik. Also, ich bin fest davon überzeugt, völlig unabhängig von der Frage, wie viele Ganztagschulen es in Deutschland geben wird, es muss sie flächendeckend auf freiwilliger Basis geben. Noch wichtiger ist die Frage, was dann in diesen Ganztagschulen passiert. Insofern stehen die Ganztagschulen vor den gleichen Herausforderungen wie das gesamte Schulsystem in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein letzter Hinweis: In der Schule werden die entscheidenden Weichen für die Zukunft dieses Landes gestellt. Die Zuständigkeit für diesen Bereich, das ist eben angedeutet worden, liegt in erster Linie bei den Ländern. Das finde ich gut, da es Wettbewerb ermöglicht. Gegenwärtig findet eine Föderalismusdiskussion statt, in der die Frage gestellt wird, ob es richtig ist, dass für den Schulbereich die Länder zuständig sind. Sie sehen in mir einen überzeugten Föderalisten, der sagt: „Ja, es ist richtig.“ Es eröffnet auch die Möglichkeit unterschiedlicher Modelle in der Frage, wie lange dauert die Schule? Das Saarland war das erste alte Bundesland, das das Gymnasium flächendeckend nur noch 8jährig ausgestaltet hat. Mittlerweile folgen alle nach. Das ist Ergebnis gelebten Föderalismus. Dies gilt es auch in der Ganztagschule zu nutzen. Dabei sind wir darauf angewiesen, dass alle an einem Strang ziehen, Lehrer, politisch Verantwortliche und in aller erster Linie die Eltern. Schule ersetzt nicht elterliche Verantwortung, sondern Schule ist Betätigungsfeld elterlicher Verantwortung. Dass Sie sich dieser Verantwortung stellen, dokumentiert diese Tagung. Dies ist das zentrale Anliegen Ihrer Arbeit. Dafür wünsche ich Ihnen in der Zukunft viel Erfolg.“